

Demokratie und Demografie

In vielen liberalen Demokratien provozieren rückläufige Bevölkerungsentwicklungen grundlegende Volksentscheide zu künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen

Schweizer Volksentscheid zu einer Bevölkerungshöchstgrenze

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit aus EU- und EFTA-Staaten im Jahr 2002 wuchs die ständige Bevölkerung der Schweiz als etablierter liberaler Demokratie und einem der wohlhabendsten Länder der Welt innert 23 Jahren bis 2025 vorab durch Zuwanderung. Dies mit einer Bevölkerungszunahme um rund 2 Millionen (28%) von 7,2 auf 9,2 Millionen und einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von rund 100'000 Personen (1% der Gesamtbevölkerung). Der Ausländeranteil erhöhte sich von 20% auf 27%. Die schnelle Bevölkerungszunahme resultierte hauptsächlich aus der Personenfreizügigkeits-Zuwanderung aus EU- und EFTA-Staaten mit Arbeitskräften samt Familiennachzug, aber auch aus der kontrollierten Immigration aus Drittstaaten und der kaum gesteuerten und kontrollierten Zuwanderung im oft missbrauchten, rund einen Fünftel beanspruchenden Asyl- und Flüchtlingsbereich. Diese rasante Bevölkerungsentwicklung und deren negative Auswirkungen bildeten Anlass zur Lancierung der *Nachhaltigkeitsinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP)* zu einer verfassungsmässig festzuschreibenden Bevölkerungshöchstgrenze von 10 Millionen, worüber das Schweizer Volk am 13./14. Juni 2026, weltweit bestaunt, mit hoher Stimmbeteiligung abstimmte. Die Fixierung einer Bevölkerungshöchstgrenze wurde mit rund 55% abgelehnt. Dennoch befürworteten immerhin 45% der abstimmenden Bürgerinnen und Bürger die Initiative samt einhergehender Bevölkerungs-Wachstumsbeschränkung. Sie stimmten damit weitgehend, wie von der Initiative geltend gemacht, zu, dass das forschende Bevölkerungswachstum einen «Dichtestress» bewirke, die Wohnungsnot verschärfe, durch Bautätigkeit Natur und Landschaft unter Druck setze, die Infrastrukturen, namentlich Strassen und öffentliche Verkehrsmittel, überlaste, ein qualifiziertes Schulwesen verunmögliche, Kriminalität fördere, den Fachkräftemangel verschärfe und den Staat mit Sozialhilfe- und weiteren Kosten belaste. In Abstimmungsflugblättern der SVP konnte wohl nicht unberechtigt verkündet werden, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger «zunehmend fremd im eigenen Land» fühlten. Damit sollte zumindest bis zum Jahr 2050 gemäss der Initiative die Bevölkerungshöchstgrenze der Schweiz auf 10 Millionen gesetzt werden, wobei auch bei einer Annahme bis zum Jahr 2050 eine geringere (gesteuerte und kontrollierte) jährliche Nettozuwanderung von 40'000 Personen und Fachkräften verblieben wäre.

Die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP wurde in einem emotional geführten Abstimmungskampf erfolgreich von der Landesregierung, dem Landes-Parlament, allen anderen politischen Parteien, den Industrieverbänden und den Gewerkschaften, damit dem gesamten übrigen politischen Establishment, bekämpft. Polemisch und kaum differenzierend

bezeichneten die Gegner das Volksbegehren als Wachstum und Wohlstand vernichtende, kaum lösungsorientierte «Chaos-Initiative». Selbst die von der Bundeskanzlei publizierte Abstimmungs-Wegleitung schürte, wahltaktisch geschickt, allgemeine Ängste, namentlich, die «Chaos-Initiative» gefährde «den Wohlstand, das Funktionieren der Gesellschaft, die Innere Sicherheit und die humanitäre Tradition der Schweiz». Zudem behaupteten die Initiativ-Gegner präventiv, die Initiative gefährde den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU samt der einhergehenden Personenfreizügigkeit und Wirtschaftsentwicklung in einer unsicheren Zeit.

Das künftige Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell

Mit der Nachhaltigkeitsinitiative der SVP stand nur vordergründig eine Volksabstimmung in der Schweiz über eine Bevölkerungshöchstgrenze in verfassungsmässiger Festschreibung zur Debatte. Letztlich wurde damit die entscheidende, aber von beiden Seiten kaum eingehender thematisierte *Frage nach einem künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell* der Schweiz aufgeworfen. Die Schweiz ist allerdings diesbezüglich nicht allein. Vor derselben Frage stehen gleichermassen *viele etabliertere, sozialstaatlich (zu) weit ausgebaute liberale Demokratien*, meist OECD-Länder, deren *ständige Bevölkerungen, wie in der Schweiz, ohne substantiellere Zuwanderung stagnieren oder abnehmen würden*.

Für die betroffenen liberalen Demokratien stellt sich letztlich die Frage: Soll bei überalternder, stagnierender oder selbst abnehmender Bevölkerung ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell *mit geringerer (gesteuerter und kontrollierter) Immigration und einem primär qualitativen wirtschaftlichen Produktivitäts- und Wohlstandswachstum* gesucht und ermöglicht werden? Wesentlich ist, ob dabei (noch) eine vertretbare Wohlstandszunahme (gemessen am realen BIP pro Kopf-Wachstum) erzielt werden kann, wie dies die Befürworter der Initiative behaupten und wie dies in Japan seit dem Jahr 2010 zumindest teilweise umgesetzt wird. Oder soll bei den erwähnten demografischen Voraussetzungen ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell *mit einem substantielleren (kaum gesteuerten und kontrollierten) zuwanderungsgetriebenen Bevölkerungswachstum und einem primär quantitativen Wirtschaftswachstum in die Breite* (gemessen am realen BIP-Wachstum) gesucht und ermöglicht werden? Dabei ist die entscheidende implizite Behauptung der Initiativgegner zu verifizieren, wonach allein mit einer substantielleren Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung und einem einhergehenden wirtschaftlichen (Breiten-) Wachstum ein vertretbares Wohlstandswachstum (mit entsprechendem realen BIP pro Kopf-Wachstum) geschaffen werden könne. Steht doch die pauschale Behauptung der Initiativgegner für den Umsetzungsfall der Nachhaltigkeitsinitiative im Raum, diese bewirke mit der Wachstumsbeschränkung der Bevölkerung einen generellen wirtschaftlichen Abschwung mit Wohlstandsverlusten und allgemeinem «Chaos». Letzteres beispielsweise mit Fachkräftemangel in Spitälern ohne Ärzte und Pflegepersonal, wie in der Kampagne angeführt.

Japans Weg - mit einem primär qualitativen Wirtschaftswachstum und geringer Zuwanderung

Japan, ein weitgehend abgeschottetes, traditionell immigrationsfeindliches, im Mittelfeld wohlhabenderes und etablierteres Inselland mit überalternder und abnehmender Bevölkerung, zeigt seit dem Jahr 2010 den Weg auf mit einem primär qualitativen Wirtschaftswachstum samt geringer Nettozuwanderung. Seither demonstriert Japan, dass mit zielführenden staatlichen Massnahmen, Programmen und Anreizen, wie dem von der Regierung im Jahr 2016 erarbeiteten *Konzept «Society 5.0»*, ein primär qualitatives wirtschaftliches Produktivitäts- und Wohlstandswachstum auch mit geringer Immigration im gegebenen Umfeld möglich ist. Die ständige Bevölkerung reduzierte sich in Japan ab dem Jahr 2010 bis 2025 gesamthaft um rund 4% von 128 Millionen auf 123 Millionen unter geringer Zuwanderung, die im Durchschnitt jährlich lediglich 170'000 Personen (0,13% der Gesamtbevölkerung) erreichte. Im selben Zeitraum reduzierte sich die erwerbstätige Bevölkerung um eine Million mit einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von rund 70'000 Personen. Dennoch erzielte Japan in den 15 Jahren seit dem Bevölkerungskulminationspunkt bis 2025 gesamthaft ein, allerdings bescheideneres, reales BIP-Wachstum von 10-12%, entsprechend einem durchschnittlichen *jährlichen realen BIP-Wachstum von 0,6-0,8%*. Das gesamte japanische BIP-Wirtschaftswachstum (in die Tiefe und die Breite) wurde entscheidend - nebst arbeitszeiterhöhenden Massnahmen und Programmen bei der bestehenden arbeitsfähigen Bevölkerung - durch staatlich geförderte Produktivitätserhöhungen unter dem Konzept «Society 5.0» ermöglicht. Mit diesem Konzept wurden die einschlägigen Probleme der Alterung der Bevölkerung, des Rückgangs der erwerbstätigen Bevölkerung, des Fachkräftemangels, der steigenden Sozialkosten einer überalternden Gesellschaft und der Produktivitätsstagnation unter einer staatlichen Überregulierung angegangen. Dies durch Produktivitätssteigerungen mit Modernisierung der Industrie, Innovationen, neuen Technologien, Automatisierung und KI sowie durch Förderung von Arbeitsanreizen. Dabei erhöhte sich der Wohlstand in Japan, gemessen am realen BIP pro Kopf, in den 15 Jahren ab 2010 gesamthaft immerhin noch um 5-7%, resultierend in einem durchschnittlichen *jährlichen realen BIP pro Kopf-Wachstum von 0,3-0,4%*.

Durch das in Japan seit 2010 umgesetzte Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell konnten die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen einer rückläufigen demografischen Entwicklung recht weitgehend kompensiert werden. Dies konnte unter Verzicht auf eine die gesellschaftliche Homogenität und Solidarität gefährdende substanziellere Zuwanderung und ein ressourcenverzehrendes wirtschaftliches Breitenwachstum erreicht werden. Entscheidend waren vorab technologie- und innovationsbasierte Produktivitätserhöhungen, aber auch steuerlich und sonstwie anreizgesteuerte Arbeitszeitsteigerungen der arbeitsfähigen Bevölkerung, wie namentlich die Erhöhung des Pensionierungsalters und der (Teilzeit-) Arbeitspensen. Damit konnte ein immerhin noch vertretbares, wenn auch bescheideneres, Wirtschaftswachstum (in die Tiefe und Breite) erzielt werden.

Japans Weg als Alternative

Viele etabliertere und wohlhabendere liberale Demokratien, meist OECD-Länder, vorab in Europa, sind derzeit (noch) einem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell mit substanziellerer Zuwanderung und einem primär quantitativen Wirtschaftswachstum (in die Breite) verhaftet. Dies trifft nicht nur für die grossen Länder Europas, Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Spanien, sondern auch für kleinere Länder, wie die Schweiz, zu. Dort befürworteten immerhin eine gewichtige 45%-Minderheit, weit über dem üblichen Parteiateil der initiativführenden SVP liegend, die Initiative und damit ein primär qualitatives, produktivitätsförderndes (Tiefen-) Wachstumsmodell mit geringerer (gesteuerter und kontrollierter) Zuwanderung, wie in Japan umgesetzt. In liberalen Demokratien darf die Stimme einer derartig gewichtigen Minderheit, welche die negativen Auswirkungen einer übermässigen Immigration verhindern will, nicht überhört werden, zumal für eine vernünftige Begrenzung der Zuwanderung gute Gründe bestehen, sowohl gesellschafts- als auch wirtschaftspolitischer Art.

Kaum bestreitbar ist aus ökonomischer Sicht, wie Milton Friedman bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts feststellte, dass in wohlhabenderen Ländern mit ausgebauten Sozialsystemen ohne Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung finanzielle Anreize zu überbordender (arbeitsbedingter, asylmässiger und illegaler) Immigration geschaffen werden. Die derart anreizgetriebene übermässige Zuwanderung führt regelmässig zu einer Überlastung von Infrastrukturen und Sozialsystemen. Aus gesellschaftspolitischer Sicht resultiert eine Erschwerung der Integration der Zuwanderer sowie der gesellschaftlichen Homogenität und Solidarität insgesamt. Problemverschärfend wirkt sich dabei die substanzielle Immigration aus andersartigen Kulturkreisen mit erschwerter Integrationsfähigkeit der Immigranten aus. Die negativen Auswirkungen einer überbordenden, kaum gesteuerten Zuwanderung wurden immerhin von einer gewichtigen Minderheit der abstimmenden Schweizer-Bürgerinnen und -Bürger als ernsthaftes Problem eingestuft. Es zeigte sich: Unbesehen eines relativ hohen Wohlstandes, der in der Schweiz auf kaukraftbereinigter Basis beinahe doppelt so hoch ist wie in Japan, kann das auf qualitativen Kriterien basierende Wohlbefinden weiter Bevölkerungskreise samt gesellschaftlicher Solidarität zufolge übermässig empfundener Zuwanderung dennoch leiden. Letztlich entscheidend muss in diesem Kontext in liberalen Demokratien wohl das allgemeine Wohlbefinden möglichst breiter Bevölkerungskreise sein, und nicht der möglichst hohe allgemeine Wohlstand.

Aufschlussreich zum Modellvergleich ist eine grobe Gegenüberstellung *der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz und in Japan* ab dem Jahr 2010 (in der Schweiz 3 Jahre nach Einführung der vollen EU- und EFTA-Personenfreizügigkeit mit substanziellerer Zuwanderung und einem primär quantitativen Wirtschaftswachstum in die Breite und in Japan mit Beginn der Bevölkerungsabnahme und einem primär qualitativen Produktivitäts- und Wohlstandswachstum in die Tiefe mit geringer Zuwanderung): In den rund 15 Jahren bis 2025 zeigte sich in beiden Ländern eine moderate und akzeptable Differenz des

Produktivitäts- und Wohlstandswachstums. Das reale BIP pro Kopf-Wachstum erreichte in der Schweiz rund 9%, durchschnittlich 0,6% p.a., und in Japan rund 5-7%, durchschnittlich 0,3-0,4% p.a. Damit wurde in Japan der Haupteinwand weitgehend widerlegt, Wohlstandswachstum sei ohne substanzielleres Bevölkerungswachstum nicht (mehr) möglich. In den gegebenen 15 Jahren konnte in der Schweiz zudem ein reales BIP-Wachstum von rund 19% und durchschnittlich 1,2% p.a. mit einer substanzielleren jährlichen Zuwanderung von rund 1% der Bevölkerung erzielt werden. Das hauptsächlich zuwanderungsgestützte BIP (Breiten-) Wachstum in der Schweiz verursachte jedoch einen erheblichen, von einer gewichtigen Minderheit des Stimmvolkes abgelehnten Dichte-, Integrations- und Solidaritätsstress. Dagegen erreichte Japan mit einer Bevölkerungsabnahme von 5 Millionen ab 2010 und geringer Zuwanderung und Einwanderungsproblemen, wenig überraschend, lediglich ein reales BIP-Wachstum von rund 10-12%, im Durchschnitt 0,6-0,8% p. a., entsprechend einem etwas mehr als hälftigen Gesamtwirtschaftswachstum der Schweiz.

Ein *Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell* mit einer geringeren Immigration und einem *staatlich konsequent geförderten primär qualitativen Wirtschaftswachstum* (in die Tiefe) *überzeugt* für die betroffenen etablierteren liberalen Demokratien. Es ist einem primär quantitativen Wachstumsmodell (in die Breite) mit substanziellerer Zuwanderung in seiner gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Nachhaltigkeit grundsätzlich überlegen. Eine sehr geringe Nettozuwanderung, wie in Japan, ist allerdings zu hinterfragen. Entgegen den polemischen Behauptungen der Zuwanderungsbefürworter in der Schweiz erzeugt das japanische Modell jedoch selbst bei recht konsequenten Zuwanderungsbeschränkungen keinen vollständigen Wohlstandsverlust und kein «Chaos». Dies trifft jedenfalls zu, soweit geeignete, demokratisch legitimierte, staatliche Zuwanderungsregelungen, Steuerungsmassnahmen zur Produktivitätssteigerung und zur Arbeitszeiterhöhung, wie in Japan unter dem Konzept «Society 5.0», implementiert werden. Sodann ist es letztlich wohl vertretbar, selbst eine beschränkte Reduktion der Wohlstandszunahme (in der Grössenordnung der Differenz zwischen der Schweiz und Japan) als «Risikoprämie» in Kauf zu nehmen, um die negativen und gesellschaftsdestabilisierenden Auswirkungen einer substanzielleren, überbordenden, kaum gesteuerten und kontrollierten Immigration zu vermeiden.

Die verfassungsmässige Verankerung einer staatlich umgesetzten Höchstbevölkerungszahl ist für die Umsetzung eines entsprechenden (japanischen) Gesellschaftsmodells allerdings nicht genügend. Dies wurde mit der Nachhaltigkeitsinitiative unzureichend berücksichtigt. Die negativen Auswirkungen einer übermässigen Zuwanderung lassen sich nicht mit wenigen reaktiven, kaum kreativen Placebo-Massnahmen aus der Welt schaffen, wie die in der Schweiz im Abstimmungskampf von Regierung und Parlament rudimentär vorgeschlagenen Wohnbau-Förderungsprogramme und besseren Arbeitseingliederungen von Immigranten. Somit werden sich die negativen Auswirkungen einer überbordenden Zuwanderung in vielen reicheren liberalen Demokratien, meist OECD-Staaten,

inskünftig ohne radikale und geeignete Gegenmassnahmen weiter verstärken. In diesen Ländern sind, soweit entsprechende *direkte oder indirekte Volksentscheide* an der Urne möglich sind, mittel- bis längerfristig durch die betroffenen Staatsvölker *kreativere Problemlösungen zu künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen* zu treffen. Wegleitend kann dazu eine geringere (*gesteuerte und kontrollierte*), *die gesellschaftliche Homogenität und Solidarität wahrende Zuwanderung* mit einem *staatlich geförderten, primär qualitativen Produktivitäts- und Wohlstandswachstum* sein.

Wirtschaftliche und militärische Potenz als geopolitische Faktoren

Es verbleibt ein gewichtiger Einwand gegenüber einem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell mit geringerer (gesteuerter und kontrollierter) Immigration und einem staatlich geförderten, primär qualitativen Produktivitäts- und Wohlstandswachstum. In etablierten, überalternden, bevölkerungsmässig stagnierenden oder selbst abnehmenden und sozialstaatlich weit ausgebauten liberalen Demokratien haben die Staatsvölker letztendlich, wie in Japan, mit der Wahl eines entsprechenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells einen entscheidenden Verzicht zu treffen: Einen Verzicht auf eine substanziellere Immigrations-Bevölkerungszunahme und damit vorab auch auf ein einhergehendes wirtschaftliches Breitenwachstum. Ein derartiges Breitenwachstum ermöglicht jedoch in der Regel direkt und auf einfache Weise eine erhöhte wirtschaftliche und militärische Potenz samt Spitzentechnologiefähigkeit. Diese drei (Macht-) Faktoren sind in einem von Real- und Machtpolitik geprägten, garstigen geopolitischen Umfeld jedoch entscheidend, um gegenüber aggressiven oder selbst expansiven Autokratien bestehen zu können. Der *weitgehende Verzicht auf eine substanziellere Zuwanderung und auf ein primär quantitatives wirtschaftliches Breitenwachstum* mit den einhergehenden negativen Folgen ist jedoch in den betroffenen liberalen Demokratien vorab aus zwei Gründen *vertretbar*:

Erstens: Eine substanziellere, übermässige, kaum gesteuerte und kontrollierte Immigration führt in den betroffenen liberalen Demokratien regelmässig zu gesellschaftlicher Destabilisierung, sozialer Desintegration, verminderter gesellschaftlicher Homogenität und Solidarität und letztlich zu reduzierter Resilienz der gesamten liberal-demokratischen Gesellschaftsordnungen. Die negativen Auswirkungen einer übermässigen Zuwanderung werden kaum durch eine erhöhte, mit Breitenwachstum ermöglichte wirtschaftliche und militärische Potenz aufgewogen. Eine mögliche Reduktion des Wohlstandswachstums durch Immigrationsbeschränkungen ist in Kauf zu nehmen.

Zweitens: Für die betroffenen liberalen Demokratien ist in einem wenig freundlichen geopolitischen Umfeld die Etablierung ausreichender wirtschaftlicher und militärischer Potenz samt Spitzentechnologiefähigkeit zur Wahrung ihrer Resilienz gegenüber aggressiven Autokratien unabdingbar. Diese Resilienz kann allerdings angesichts der bestehenden wirtschaftlichen und militärischen Grössenverhältnisse in einer multipolaren Welt nur durch Kräftebündelung mittels geeigneter Allianzen der betroffenen liberalen Demokratien erzielt werden. Dies gilt auch für die USA und trifft vorab gegenüber China, aber im

Verbund auch gegenüber Russland, Iran, Nordkorea sowie weiteren aggressiven Autokratien zu. Zur Etablierung einer genügenden gemeinsamen allianzmässigen Widerstandsfähigkeit haben die einzelnen betroffenen liberalen Demokratien als Allianzpartner jedoch vorab je einzeln ein geeignetes, nachhaltiges und resilientes Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell aufrechtzuerhalten. Dies dürfte inskünftig ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell unter geringer (gesteuerter und kontrollierter) Zuwanderung mit einem staatlich - hauptsächlich durch Deregulierung - unterstützten, primär qualitativen wirtschaftlichen Produktivitäts- und Wohlstandswachstum sein. Allein auf dieser Grundlage kann nachhaltig die notwendige Resilienz durch gesellschaftliche Homogenität und Solidarität geschaffen werden, um in belastbaren wirtschaftlichen und militärischen Allianzen gegenüber aggressiven Autokratien erfolgreich bestehen zu können. Dies gilt wohl auch für die kleine, geopolitisch kaum bedeutende Schweiz. In jedem Fall ist sie dabei jedoch sicher Vorbild für demokratische Prozesse in liberale Demokratien, in denen wesentliche politische Entscheidungen, wie künftig existenziell entscheidende Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle, letztendlich durch die Staatsvölker direkt und indirekt in Abstimmungen und Wahlen getroffen werden müssen.

HA/3/9/26